

Berlin, 10. Oktober 2024

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.**

Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

www.bdeu.de

Stellungnahme

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen (GeoWG)

Regierungsentwurf vom 6. September 2024

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, und seine Landesorganisationen vertreten mehr als 2.000 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, über 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 95 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.

Der BDEW ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Bei der Interessenvertretung legt er neben dem anerkannten Verhaltenskodex nach § 5 Absatz 3 Satz 1 LobbyRG, dem Verhaltenskodex nach dem Register der Interessenvertreter (europa.eu) auch zusätzlich die BDEW-interne Compliance Richtlinie im Sinne einer professionellen und transparenten Tätigkeit zugrunde. Registereintrag national: R000888. Registereintrag europäisch: 20457441380-38

Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Wärmewende beschleunigen – Öffentliche Wasserversorgung sicherstellen...3	
3	Stellungnahme im Einzelnen zum vorliegenden GeoWG-Entwurf.....	4
	3.1 Zu Artikel 1 – GeoWG	4
	3.1.1 § 2 GeoWG (Anwendungsbereich).....	4
	3.1.2 § 3 GeoWG (Begriffsbestimmung).....	6
	3.1.3 § 4 GeoWG (Überragendes Öffentliches Interesse).....	7
	3.1.4 § 5 GeoWG (Vorzeitiger Baubeginn)	7
	3.1.5 § 6 GeoWG (Maßgabe für § 39 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes).....	7
	3.1.6 § 7 GeoWG (Beeinträchtigung von Grundstücken).....	8
	3.1.7 § 8 GeoWG (Rechtsbehelfe)	8
	3.1.8 § 9 GeoWG (Sachliche Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte)...	9
	3.2 Zu Artikel 2 - Änderungen des Bundesberggesetzes.....	9
	3.2.1 § 52 BBergG	9
	3.2.2 § 57e BBergG	10
	3.3 Zu Artikel 3 - Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes.....	12
	3.3.1 § 46 WHG.....	13
	3.3.2 § 49 WHG.....	14
4	Teil 2: Ergänzende Beschleunigungsvorschläge	14
	4.1 Klarstellung Außenbereichsprivilegierung	14
	4.2 Einführung einer finanziellen Beteiligung der Standort- und Anrainerkommunen	14
	4.3 Konzentrationswirkung der bergrechtlichen Betriebsplangenehmigung	15
	4.4 Bereitstellung von bundeseigenen Flächen	15
	4.5 Anpassung UVP-Recht	15
	4.6 Informationsdefizite abbauen.....	16

1 Einleitung

Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist eine der größten Herausforderungen für das Gelingen der Energiewende. Im [Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz BMWK für eine Erdwärmekampagne – Geothermie für die Wärmewende](#) vom November 2022 wurde bereits angekündigt:

“Konkret soll in der Mitteltiefen und Tiefen Geothermie bis zum Jahr 2030 ein geothermisches Potenzial von 10 TWh so weit wie möglich erschlossen und die derzeitige Einspeisung in Wärmenetze aus dieser Quelle damit verzehnfacht werden (...).”

Dazu wurden in dem Papier acht Maßnahmen genannt, die für diese Zielerreichung notwendig sind. Das vorliegende GeoWG greift davon zwei wichtige Punkte auf: Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und (auch dadurch) den Austausch zwischen den beteiligten Akteuren. Insofern kann der vorliegende Gesetzentwurf nur ein erster Schritt zu verbesserten Rahmenbedingungen für Geothermie sein. Auch in Bezug auf Großwärmepumpen und Wärmespeicher müssen weitere Erleichterungen bei Planung, Errichtung und Betrieb geprüft werden.

2 Wärmewende beschleunigen – Öffentliche Wasserversorgung sicherstellen

Der Ausbau der Geothermie ist ein entscheidender Baustein für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung. Hierzu enthält der Gesetzesentwurf viele zielführende Ansätze. Dies betrifft u.a. die Festlegung, dass die Nutzung von Geothermie im überragenden öffentlichen Interesse liegt, wie auch die Regelungen zur Vollständigkeit von Antragsunterlagen. Allerdings könnte der vorgelegte Gesetzentwurf des GeoWG noch ambitionierter sein. Mit dem aktuellen Entwurf ist zu befürchten, dass größere Beschleunigungseffekte bei geothermischen Anlagen ausbleiben werden. Hierzu unterbreitet der BDEW im zweiten Teil der Stellungnahme ergänzende Vorschläge.

Gleichzeitig liegt auch die öffentliche Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge im überragenden öffentlichen Interesse. Die Belange der öffentlichen Wasserversorgung und vor allem die potenziellen Gefahren für die Trinkwasserressourcen durch geothermische Anlagen sind in dem Gesetzesentwurf unzureichend berücksichtigt worden. Insbesondere fehlen in dem Gesetzesentwurf des GeoWG klare Regelungen, die die Vorrangstellung der Trinkwassergewinnung vor der Nutzung von Erdwärme wahren.

Um beide Ziele in Einklang zu bringen, schlägt der BDEW eine klare Vorrangregelung vor: In den Schutzzonen I und II von Wasserschutzgebieten sind geothermische Anlagen gänzlich zu verbieten. In der Schutzzone III von Wasserschutzgebieten sowie in ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten muss im jeweiligen Einzelfall im Rahmen einer wasserrechtlichen Genehmigung geprüft werden, welche Maßnahmen erlaubnisfähig sind. Nur im Rahmen einer

Wärmequellen z. B. Oberflächenwasser nutzen. Aus Sicht des BDEW sollte sich das vorliegende Gesetz entsprechend seinem Titel und den überwiegenden Regelungsgegenständen auf Wärmepumpen im Zusammenhang mit der Nutzung von Erdwärme beschränken.

Anlagen zur Nutzung von Kälte ebenfalls aufnehmen

Grundsätzlich sollte unter der Nutzung von Erdwärme auch die Nutzung von Kälte verstanden werden. Gerade das kombinierte Heizen und Kühlen regeneriert den thermischen Einfluss auf den Untergrund und erhöht das wirtschaftliche Potential der Anlage sowie das thermische Potential des Untergrunds für die umliegenden Nutzungen. So sollte neben dem Heizen mit Grundwasser/Erdwärme auch das Kühlen mit Grundwasser/Erdwärme erleichtert werden.

Wasserschutzgebiete aus dem Anwendungsbereich ausnehmen

Um den Schutz unserer Wasserressourcen zu gewährleisten sind geothermische Anwendungen in den Wasserschutzzonen I und II zu verbieten³. In der Schutzzone III und in ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten, insbesondere von Grundwasserfassungen, sind geothermische Anwendungen unter Beachtung der einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere des Wasserhaushaltsgesetzes und der Trinkwassereinzugsgebiete-Verordnung, sowie ggf. der Wasserschutzgebietsverordnungen als auch unter Einhaltung weiterer Voraussetzungen im Einzelfall durch eine wasserrechtliche Erlaubnis genehmigungsfähig.

Die notwendigen Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit von geothermischen Anlagen sind, ggf. auch in Rücksprache mit den verantwortlichen Wasserbehörden und/oder den örtlichen Wasserversorgern, im Rahmen einer wasserfachlichen Prüfung festzulegen. Falls die geplante geothermische Anlage in einem ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebiet ohne Wasserschutzgebiet liegt, sollte insbesondere geprüft werden, ob Schutzbestimmungen nach Maßgabe eines Wasserschutzgebietes festzulegen sind. In Betracht käme hier zum Beispiel die Festlegung bestimmter sicherheitstechnischer Vorkehrungen der Geothermieanlage und/oder den Ausschluss bestimmter chemischer Substanzen, die zum Einsatz gelangen dürfen.

Im Rahmen der wasserfachlichen Prüfung von Geothermischen Anlagen sind insbesondere eine hinreichende hydrogeologische Charakterisierung sowie eine strukturierte konservative Modellierung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchzuführen. Hierbei sind

³ Maßgebliches Ziel einer Schutzgebietsausweisung ist der Schutz des Grundwassers insgesamt. Daraus ergibt sich, dass die Grenzen des an der Erdoberfläche ausgewiesenen Schutzgebietes nicht nur an der Oberfläche gelten, sondern auch in die Tiefe zu projizieren sind. Das Wasserschutzgebiet bezieht sich damit auf einen dreidimensionalen Gesteinskörper bzw. ein dreidimensionales Geosystem (Vgl. DVGW W 101).

insbesondere folgende wasserrelevante Risiken zu identifizieren und zu bewerten, welche die Wasserqualität nachhaltig negativ beeinflussen:

- die Auswirkungen der Temperaturänderungen,
- die Risiken einer Verunreinigung der Trinkwasserressourcen sowie
- die Risiken einer induzierten Seismizität.

Die Erarbeitung einer detaillierten Arbeitsmethodik zur Identifizierung und Bewertung der wasserrelevanten Risiken bei Geothermischen Anlagen sollte durch einen Expertenkreis bis zum Inkrafttreten des GeoWG erfolgen.

Insgesamt sollte der Anwendungsbereich entsprechend den oben genannten Aspekten konkretisiert werden:

Formulierungsvorschlag für § 2 GeoWG:

Dieses Gesetz ist anzuwenden auf die Zulassung

1. einer Anlage zur Aufsuchung oder Gewinnung- und **Nutzung von Erdwärme** aus **hydrothormaler** Tiefengeothermie einschließlich der erforderlichen Bohrungen,
2. einer Anlage zur **Aufsuchung**, Gewinnung und **Nutzung von Erdwärme** aus oberflächennaher Geothermie, einschließlich der erforderlichen Bohrungen,
3. einer **Erdwärmepumpe**, einschließlich der erforderlichen Bohrungen,
4. eines Wärmespeichers, einschließlich der erforderlichen Bohrungen.

Dieses Gesetz gilt nicht in Schutzzonen I und II von Wasserschutzgebieten nach § 51 ff. WHG. Diese Gebiete dürfen für Geothermieanlagen nicht in Anspruch genommen werden.

3.1.2 § 3 GeoWG (Begriffsbestimmung)

Der Begriff „Wärmenetz“ sollte analog zum Wärmeplanungsgesetz erweitert und genauer definiert werden.

Außerdem sind Wärmespeicher nur im Wärmeplanungsgesetz (WPG) definiert. Aquiferspeicher über Teufen von 400 m hinaus fallen unter das Bundesberggesetz. Derzeit sind Wasserspeicher ausdrücklich aus dem Speicherbegriff im BBergG ausgenommen, und es gibt im BBergG auch keinen Bezug zum WPG. Es wird also auch im BBergG eine Definition für hydrothermale Speicher benötigt.

3.1.3 § 4 GeoWG (Überragendes Öffentliches Interesse)

Grundsätzlich ist ein überragendes öffentliches Interesse für geothermische Anlagen zu begrüßen. Es ist allerdings nicht sicher, ob die Netto-Treibhausgasneutralität tatsächlich genau 2045 erreicht wird. Daher sollte auf eine Jahreszahl an dieser Stelle verzichtet werden.

In § 4 GeoWG sollte klarstellend aufgenommen werden, dass in Wasserschutzgebieten und ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten das überragende öffentliche Interesse an der öffentlichen Wasserversorgung dahingehend unberührt bleibt, dass eine nachteilig veränderte Wasserbeschaffenheit ausgeschlossen sein muss. Hiermit soll von vornherein Befürchtungen begegnet werden, dass in der konkreten Vollzugssituation, die Belange der Wasserwirtschaft, insbesondere der öffentlichen Wasserversorgung beeinträchtigt werden. Es bedarf daher einer klarstellenden gesetzlichen Regelung, dass der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung auch im Hinblick auf die Ressourcenverfügbarkeit gewahrt bleibt.

Um dies im Rahmen des Vollzugs unmissverständlich sicherzustellen, hält der BDEW eine Klarstellung im Rahmen der gesetzlichen Regelung für erforderlich. Der BDEW bittet daher um Ergänzung des § 4 Abs. 1 wie folgt:

Formulierungsvorschlag für § 4 Abs. 1 GeoWG:

- (1) Die Errichtung und der Betrieb einer Anlage nach §2 liegt bis zum Erreichen der Netto-Treibhausgasneutralität ~~im Jahr 2045~~ im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. **In Wasserschutzgebieten und ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten bleibt das überragende öffentliche Interesse an der öffentlichen Wasserversorgung dahingehend unberührt, dass eine nachteilig veränderte Wasserbeschaffenheit ausgeschlossen sein muss.**

3.1.4 § 5 GeoWG (Vorzeitiger Baubeginn)

Die Regelungen zum vorzeitigen Baubeginn sind zu begrüßen.

3.1.5 § 6 GeoWG (Maßgabe für § 39 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes)

Die Maßgabe zur Anwendung des Bundesnaturschutzgesetzes bzgl. der seismischen Exploration ist zu begrüßen. Der BDEW regt allerdings an, diese Regelung auch auf die Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszudehnen, um die Genehmigungsverfahren weiter zu vereinfachen.

Zudem führt die Formulierung „in der Regel“ zu unklaren Entscheidungsräumen der Behörde. Hier sollte eine klare Definition derjenigen Aspekte erfolgen, die dazu führen, dass eine seismische Exploration als mutwillige Beunruhigung wildlebender Tiere angesehen wird, um eben diese unklaren Entscheidungsräume der Behörde auszuschließen.

3.1.6 § 7 GeoWG (Beeinträchtigung von Grundstücken)

Nach § 7 GeoWG liegt bei einer Anlage nach § 2 eine unwesentliche Beeinträchtigung im Sinne des § 906 Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor, wenn die zugeführte oder entzogene Wärme

1. die Untergrundtemperatur um nicht mehr als sechs Kelvin verändert und
2. eine bestehende oder konkret geplante Nutzung des Grundstücks nicht unmöglich macht oder nicht wesentlich erschwert.

Die Regelung ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings bedarf die Vorschrift in Nr. 1 aus Sicht des BDEW einer Überarbeitung.

Ausweislich der Begründung (S. 23) entspricht der Temperaturrichtwert in Nr. 1 den Empfehlungen der LAWA⁴. In dem LAWA-Papier heißt es an der zitierten Stelle, dass die Temperaturspreizung erforderlich ist, „um signifikante Veränderungen der Ökosystemfunktionen und der Zusammensetzung der Biozönosen im Grundwasser zu verhindern.“ Diese Zielrichtung ist ökologischer Natur, während es bei § 906 Abs. 1 BGB um ein privates Abwehrrecht geht. Es ist nicht erkennbar, dass mit der Überschreitung der Kelvin-Schwelle eine Grundeigentumsbeeinträchtigung vorliegt. Darüber hinaus ist unklar, wo und wie die Untergrundtemperatur gemessen wird. Vor diesem Hintergrund sollte Nr. 1 (unter Beibehaltung von Nr. 2) im Sinne der Förderung der Geothermie und der Rechtssicherheit der Vorhabenträger mit den folgenden Maßgaben anders ausgestaltet werden: Bei der Definition ist darauf zu achten, dass eine Geothermieanlage die Wärmeenergie des Thermalwassers optimal ausnutzen kann, wenn Wasser mit einer Temperatur von 10°C in die tiefe Lagerstätte zurückgeführt wird. Die Temperatur des einzuleitenden Wassers sollte zwischen 5 und 20 °C liegen. Außerdem muss (ggf. modelltechnisch) nachgewiesen werden, dass bereits bestehende Wärmepumpen- bzw. Geothermieanlagen nicht beeinträchtigt werden.

3.1.7 § 8 GeoWG (Rechtsbehelfe)

Der BDEW begrüßt, dass Rechtsbehelfe gegen Anlagen nach § 2 GeoWG keine aufschiebende Wirkung haben.

⁴ LAWA, Empfehlungen für wasserwirtschaftliche Anforderungen an Erdwärmesonden und -kollektoren, 2019, Empfehlung 21, S. 19

3.1.8 § 9 GeoWG (Sachliche Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte)

Der BDEW begrüßt die erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte für Streitigkeiten über Anlagen zur Nutzung von Tiefengeothermie und Wärmepumpen über 500 Kilowatt thermischer Leistung.

3.2 Zu Artikel 2 - Änderungen des Bundesberggesetzes

Es sollte möglich sein, seismische Exploration auch über Erlaubnisgrenzen hinweg durchzuführen, z.B. um existierende Tiefbohrungen zu Kalibrierungszwecken in den Messbereich zu inkludieren. Damit würde verhindert, dass Geothermie-Entwickler im Sinne eines späteren Betriebs unnötig große Erlaubnisfelder beantragen müssen und damit benachbarte Projekte eventuell blockieren.

3.2.1 § 52 BBergG

Die vorgeschlagene Änderung des § 52 Abs. 1 BBergG ermöglicht eine längere Laufzeit von Hauptbetriebsplänen bei Geothermie-Projekten. Kern der Neuregelung ist, dass für die **Geothermie längere Hauptbetriebspläne** (mindestens vier Jahre bis zu 8 Jahre) zugelassen werden sollen. Diese Regelung ist sehr zu begrüßen.

Der vorgeschlagene Wortlaut von § 52 Abs. 1 Sätze 3 und 6 BBergG indiziert allerdings, dass eine Antragstellung des Unternehmers für eine Geltungsdauer von mehr als zwei Jahren eine vorherige Festlegung der Behörde erfordert. Es ist unklar, auf welchem Wege eine solche Festlegung erfolgen soll. Eine solche Festlegung erscheint auch nicht erforderlich, wenn die Kriterien für die längere Laufzeit durch den Antrag des Vorhabenträgers ausgefüllt werden. Der Wegfall des vorherigen Festlegungserfordernisses entspräche zudem der Zielsetzung des Bürokratieabbaus.

Der BDEW schlägt daher die folgenden Änderungen vor:

Formulierungsvorschlag für § 52 Abs. 1 Sätze 3 und 6 BBergG

Satz 3:

~~Die zuständige Behörde soll abweichend von Satz 1 festlegen, dass Hauptbetriebspläne auch für einen längeren Zeitraum als für zwei Jahre aufgestellt werden können, Abweichend von Satz 1 können Hauptbetriebspläne auch für einen längeren Zeitraum als zwei Jahre auf-~~
gestellt und sollen von der zuständigen Behörde zugelassen werden, wenn eine Kontrolle des Betriebs auch bei einer längeren Laufzeit des Hauptbetriebsplans möglich ist, insbesondere, wenn der Betriebsverlauf absehbar ist.

3.2.2 § 57e BBergG

Zu Absatz 1:

In einigen Fällen enthält die Sole, die mit dem heißen Thermalwasser zutage gefördert wird, auch bestimmte Bodenschätze. Eine Trennung ist vor der Zutageförderung technisch oftmals nicht möglich. Aus diesem Grund sollten sich die auf die Gewinnung der Erdwärme bezogenen Vorschriften auf diese mitgeförderten Bodenschätze erstrecken. Sofern hierbei eine Gewinnung der entsprechenden Bodenschätze stattfindet, sind entsprechende Schutzmaßnahmen zum Schutz vor Einträgen in Boden und Grundwasser zu berücksichtigen. Entsprechendes gilt für die Nutzung und Lagerung von wassergefährdenden Stoffen. Eine entsprechende Klarstellung sollte in § 57e Abs. 1 aufgenommen werden.

Formulierungsvorschlag für § 57e Abs. 1 BBergG:

(1) Für die Zulassung von Betriebsplänen für Vorhaben im Zusammenhang mit der Gewinnung von Erdwärme **sowie anlässlich der Förderung von Erdwärme zu Tage geförderter weiterer Bodenschätze** nach diesem Gesetz sind die Absätze 2 bis ~~8~~5 anzuwenden. Sofern hierbei eine Gewinnung von Bodenschätzen stattfindet, sind entsprechende Schutzmaßnahmen zum Schutz vor Einträgen in Boden und Grundwasser zu berücksichtigen. Entsprechendes gilt für die Nutzung und Lagerung von wassergefährdenden Stoffen.

(Fett hervorgehobene Änderungen sind solche des BDEW.)

Zum neu eingefügten Absatz 4:

Der BDEW begrüßt die Einführung einer „Nichtäußerungsfiktion“ in § 57e Abs. 4. Die vorgesehene behördliche, einzelfallbezogene Bearbeitung binnen eines Monats wird – insbesondere bei einer Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange – aus Sicht des BDEW vor dem Hintergrund der zu berücksichtigen komplexen geologischen Gegebenheiten vielfach kaum einzuhalten sein. Gleichwohl sollte auf eine einzelfallbezogene, fachliche Prüfung speziell in geologisch/geohydrologisch heterogenen Wassereinzugsgebieten nicht verzichtet werden. Der BDEW bittet daher darum, eine ausreichende Reaktionszeit der zuständigen Behörden, von mindestens 8 Wochen, zu gewährleisten.

Analog § 10 Absatz 5 Satz 2 BImSchG (in der Fassung nach der jüngsten Änderung) sieht ergänzend vor, dass eingegangene Behördenstellungnahmen unverzüglich auch an den Antragsteller weiterzuleiten sind. Die ermöglicht dem Antragsteller eine schnelle und kompetente Reaktion und birgt damit erhebliches Beschleunigungspotenzial. Dementsprechend sollte eine entsprechende Regelung auch für Geothermieranlagen im BBergG aufgenommen werden.

Formulierungsvorschlag zu § 57e Absatz 4 BbergG:

(4) Eine Behörde, deren Aufgabenbereich durch ein Vorhaben nach Absatz 1 berührt wird, wird elektronisch durch die zuständige Behörde über das Verfahren informiert und übermittelt ihre Stellungnahmen ausschließlich elektronisch an die zuständige Behörde. **Eingegangene Stellungnahmen der zu beteiligenden Behörden hat die zuständige Behörde unverzüglich an den Antragsteller weiterzuleiten.** Hat eine zu beteiligende Behörde bei einem Verfahren zur Zulassung einer Anlage nach Absatz 1 innerhalb einer Frist von **acht Wochen** keine Stellungnahme abgegeben, so ist davon auszugehen, dass die beteiligte Behörde sich nicht äußern will. Soweit für das Vorhaben selbst oder für weitere damit unmittelbar in einem räumlichen oder betrieblichen Zusammenhang stehende Vorhaben, die für die Genehmigung Bedeutung haben, eine Zulassung nach anderen Gesetzen vorgeschrieben ist, hat die zuständige Behörde eine vollständige Koordinierung der Zulassungsverfahren sowie der Inhalts- und Nebenbestimmungen sicherzustellen.

(Fett hervorgehobene Änderungen sind solche des BDEW.)

Zu Absatz 5

Die Definition zur Vollständigkeit von Antragsunterlagen ist sehr zu begrüßen.

Zu Absatz 6

Die klare Fristenregelung und Festsetzung auf ein Jahr ist sehr zu begrüßen.

Auch die kürzere Frist für kleinere Anlagen nach Absatz 6 Satz 1 Nr. 2 ist zu begrüßen. Es ist allerdings nicht einleuchtend, warum diese kurze Frist nur dann gilt, wenn die Anlagen im Zusammenhang mit einer Wärmepumpe betrieben werden. Daher sollte auf das Erfordernis, dass die Nutzung der Erdwärme mit der Installation einer Wärmepumpe verbunden sein muss, verzichtet werden. Darüber hinaus sollte das Wort "Kapazität" durch die Wörter "thermische Leistung" ersetzt werden.

Formulierungsvorschlag zu § 57e Absatz 6 BbergG:

65) Die zuständige Behörde entscheidet über die Zulassung innerhalb der folgenden Fristen:

1. bei Vorhaben zur Gewinnung von Erdwärme, ~~wenn das Vorhaben der Erzeugung von Strom mit einer Kapazität von weniger als 150 Kilowatt dient~~ innerhalb eines Jahres,
2. ~~abweichend von Nummer 1 bei Vorhaben zur Gewinnung von Erdwärme nach diesem Gesetz, wenn diese ~~mittels Installation von Wärmepumpen~~ mit einer ~~Kapazität~~ thermischen Leistung von unter 50 Megawatt realisiert werden~~ **innerhalb von drei Monaten.**

(Fett hervorgehobene Änderungen sind solche des BDEW.)

BDEW-Vorschlag für einen neuen Absatz 8

Der BDEW regt an, angelehnt an § 8a BImSchG auch für bergrechtlich zuzulassende Geothermieranlagen eine Regelung zur Zulassung des vorzeitigen Beginns zu schaffen.

Der BDEW weist auch für diese Fälle daraufhin, dass im Rahmen dieser Verfahren die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands für den Fall, dass die Anlage später doch nicht genehmigungsfähig wird, i. d. R. nicht ohne Weiteres umsetzbar ist. Entsprechend sollte der vorzeitige Beginn von Arbeiten, insbesondere in Trinkwasserschutzgebieten und ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten, nur nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung genehmigt werden.

Formulierungsvorschlag für § 57e Absatz 8 BBergG:

„(8) Zulassung des vorzeitigen Beginns

In einem Verfahren nach Absatz 1 soll die zuständige Behörde auf Antrag vorläufig zulassen, dass bereits vor Erteilung des Betriebsplans mit der Errichtung des Betriebs sowie der Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme und der dabei zu Tage geförderter weiterer Bodenschätze einschließlich der Maßnahmen, die zur Prüfung der Betriebstüchtigkeit der Anlage erforderlich sind, begonnen wird, wenn

- 1. mit einer Entscheidung zugunsten des Antragstellers gerechnet werden kann,**
- 2. ein öffentliches Interesse oder ein berechtigtes Interesse des Antragstellers an der vorzeitigen Aufsuchung besteht und**
- 3. der Antragsteller sich verpflichtet, alle bis zur Entscheidung durch die Aufsuchung verursachten Schäden zu ersetzen und, wenn das Vorhaben nicht zugelassen wird, den früheren Zustand wiederherzustellen.**

Die Zulassung kann jederzeit widerrufen werden. Sie kann mit Auflagen verbunden oder unter dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen erteilt werden. Die zuständige Behörde kann die Leistung einer Sicherheit verlangen, soweit dies erforderlich ist, um die Erfüllung der Pflichten des Antragstellers zu sichern. Die Entscheidung über die Zulassung ist nach Maßgabe des Absatzes 7 zu veröffentlichen.

3.3 Zu Artikel 3 - Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

Geothermische Anlagen und der Trinkwasserressourcenschutz müssen sich nicht grundsätzlich ausschließen (Ausnahme: Anlagen in Wasserschutzzone I und II). Es können durch technische Vorgaben, insbesondere bei den Wärmeträgermedien, Gefährdungen für die Wasserressourcen minimiert werden. Dies ist aber nur über Nebenbestimmungen in einem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren rechtssicher möglich und durchsetzbar. Eine wasserrechtliche Erlaubnis für Geothermievorhaben sollte grundsätzlich in Wasserschutzgebieten und in den

ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten Pflicht sein. Nur so kann eine sorgfältige Prüfung durch die zuständigen Behörden und betroffene Wasserversorgungsunternehmen sowie ein vorbeugender Gewässerschutz durch angemessene Festlegung von Nebenbestimmungen gewährleistet werden.

Zudem sollte die Errichtung und der Betrieb einer Erdwärmeanlage dem betroffenen Wasserversorger im Vorfeld angezeigt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass die betroffenen Wasserversorgungsunternehmen vom Vorhaben überhaupt nichts erfahren. Dabei geht der BDEW davon aus, dass im Falle einer absehbaren Betroffenheit eine einfache Mitteilung mit kurzer Begründung an die Wasserbehörde ausreicht, um das Erfordernis eines Erlaubnisverfahrens geltend zu machen.

3.3.1 § 46 WHG

Mit den in § 46 vorgesehenen Änderungen werden die bisherigen erlaubnisfreien Benutzungen des Grundwassers für einen Haushalt um die Wärmeversorgung über den Entzug von Wärme aus dem Wasser erweitert.

Aus Sicht des Trinkwasserschutzes ist eine **generelle Erlaubnisfreiheit** für die beschriebenen Anlagen unbedingt **abzulehnen**. Bei einer „Erlaubnisfreiheit“ besteht die Gefahr, dass kumulative Effekte nicht mehr erfasst werden. Ein gesamtheitlicher Überblick über Temperaturveränderungen im Grundwasser muss gewährleistet werden. Auch weil es hier um erhebliche Grundwassermengen geht, die entnommen/gefördert werden sollen, ist die geplante Erweiterung des „Haushalts“ auf „inklusive Wärmeversorgung über den Entzug von Wärme aus dem Wasser“ kritisch zu betrachten und widerspricht dem Wasserhaushaltsgesetz. Aus dieser Art der Grundwassernutzung kann sich ein Gefährdungspotential für die Ressource Grundwasser ergeben, das bei einer „Erlaubnisfreiheit“ u. U. nicht mehr erfasst wird.

Insofern bestehen aus Sicht des Trinkwasserschutzes große Bedenken gegen die geplante, generelle „Erlaubnisfreiheit“ für solche Erdwärmeanlagen **in Wasserschutzgebieten und Trinkwassergewinnungsgebieten**. Das öffentliche Interesse am Schutz des Grundwassers sollte über dem der Energieentnahme stehen. Vor diesem Hintergrund sind die vorgeschlagenen Änderungen zu § 46 im WHG gänzlich zu streichen.

Eine generelle Erlaubnisfreiheit der Benutzung des Grundwassers in Wasserschutzgebieten und ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten ist unbedingt auszuschließen. Die Entnahme von Grundwasser zur Wärmeversorgung im Haushalt mittels Wärmepumpen außerhalb von Wasserschutzgebieten und ausgewiesenen Trinkwassereinzugsgebieten sollte erlaubnispflichtig mindestens jedoch anzeigepflichtig sein.

3.3.2 § 49 WHG

Mit der Änderung des § 49 WHG sollen Erdwärmanlagen wie Erdwärmekollektoren etc. mit einer Verlegetiefe bis zu vier Metern außerhalb von Wasserschutzgebieten erlaubnisfrei, aber anzeigepflichtig gestellt werden, weil vermutet wird, dass die benötigten Erdaufschlüsse keine nachteiligen Auswirkungen auf die Grundwasserbeschaffenheit haben, wenn sie oder ihre Anlagenteile die Anforderungen nach § 35 Absatz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfüllen.

Eine Reduktion auf die Anzeigepflicht für Erdwärmekollektoren außerhalb von Wasserschutzgebieten ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist das Gefährdungspotenzial von Stoffeinträgen ins Grundwasser von der Tiefe des anstehenden Grundwassers unterhalb der Erdoberfläche abhängig, sprich, ob der Erdwärmekollektor im Grundwasser liegt oder nicht. Daher wird die pauschale Festlegung auf die Verlegetiefe von 4 Metern den praktischen Gegebenheiten vor Ort oft nicht gerecht. Denn in manchen Gebieten kann bei dieser Tiefe bereits der Grundwasserleiter erschlossen und/oder eine schützende Hemmschicht durchbrochen werden.

Daher geht der BDEW bei einer ausschließlichen Anzeigepflicht davon aus, dass im Falle einer absehbaren nachteiligen Auswirkung auf die Grundwasserbeschaffenheit eine kurze Begründung der Wasserbehörde ausreicht, um das Erfordernis eines Erlaubnisverfahrens (3 Monate Frist) geltend zu machen.

4 Teil 2: Ergänzende Beschleunigungsvorschläge

4.1 Klarstellung Außenbereichsprivilegierung

Der Gesetzentwurf enthält leider keinen Vorschlag zur Änderung des § 35 BauGB (gesetzliche Klarstellung der Außenbereichsprivilegierung von Geothermie-Vorhaben (und zugehöriger Einrichtungen wie z.B. Wärmestationen). Ebenso wenig sind Änderungen am UVPG beabsichtigt.

Eine große Herausforderung bei der Entwicklung von Geothermie-Projekten stellt die Grundstückverfügbarkeit dar. Wie andere erneuerbare Energien (Wind, PV, Biomasse und Wasserenergie), sollte der Privilegierungstatbestand Bauen im Außenbereich auf Geothermieranlagen in § 35 BauGB ausgeweitet werden.

4.2 Einführung einer finanziellen Beteiligung der Standort- und Anrainerkommunen

Häufig werden die Standortkommunen aufgrund einer fehlenden Infrastruktur nicht direkt von der ausgekoppelten Wärme der Anlage profitieren können, sondern die Erdwärme wird bspw. in die benachbarte Großstadt transportiert. Eine Beteiligung der vom Bohrvorhaben betroffenen Standort- und Anrainerkommune(n) – wie im EEG für Wind und PV – könnte die Akzeptanz

bei solchen Konstellationen verbessern. Dafür wird eine bundesweit einheitliche Regelung benötigt.

4.3 Konzentrationswirkung der bergrechtlichen Betriebsplangenehmigung

Mehrere Genehmigungen sind bis zur Fertigstellung einer Tiefengeothermieranlage notwendig. Die Bohrungen und der Bohrplatz werden beispielsweise durch die Bergbehörde genehmigt, wohingegen für den obertägigen Teil die Bauaufsichtsbehörden verantwortlich sind. In Bayern ersetzt die bergrechtliche Genehmigung andere Genehmigungen, sodass eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden kann. Über das BBergG sollte eine Konzentrationswirkung bundesweit ermöglicht werden.

4.4 Bereitstellung von bundeseigenen Flächen

Für PV-Freiflächenanlagen, die an den EEG-Ausschreibungen teilnehmen, wurde die Flächenkulisse im EEG § 37 Abs. 2 g) auf Flächen im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erweitert. Teilweise liegen diese Flächen besonders günstig in Ballungsgebieten und bieten sich für die Wärmeauskopplung an, da eine bestehende Wärmeinfrastruktur genutzt oder eine neue aufgebaut werden kann. Folglich sollten diese Flächen nicht nur PV-Freiflächenanlagen, sondern auch für wärmeauskoppelnde Tiefengeothermieranlagen im GeoWG zur Verfügung gestellt werden.

Daran anknüpfend könnte auch eine Ermöglichung der Umwidmung von Flächen im Rahmen der Bauleitplanung bzw. Duldungspflicht für seismische Messungen und Probebohrungen in Erwägung gezogen werden.

4.5 Anpassung UVP-Recht

Vorhaben der Tiefengeothermie können ab Erreichen bestimmter Größenwerte ein UVP-pflichtiges Vorhaben darstellen. Das ist in Bezug auf die Geothermie nicht sachgerecht, da Thermalwasser bei der thermischen Nutzung nicht in seiner Menge und Zusammensetzung verändert wird. Dies rechtfertigt es unter Berücksichtigung der Bedeutung der Geothermie für das Gelingen der Energiewende, einen Sondertatbestand für diese Erzeugungsform zu schaffen.

Hierfür sollte ein – ggf. an bestimmte Voraussetzungen geknüpfter – Ausnahmetatbestand geschaffen werden und der Entnahmebegriff zur Wasserentnahme für Geothermie-Vorhaben im WHG angepasst werden und somit von der UVP-Pflicht ab 10.000.000 m³/a gemäß Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) ausgenommen werden.

Der Schutz der Trinkwasserressourcen ist hierbei sicherzustellen. Vergleiche hierzu die genannten wasserfachlichen Aspekte unter Punkt 3.1.1.

4.6 Informationsdefizite abbauen

Es fehlt bislang eine fundierte Datenbasis zur Ausweisung von „go-to-Bereichen“ für die Geothermie als Vorzugsbereiche (hier auch Bezug zu RED III), die wiederum im ersten Schritt dazu dienen Bereiche für die Geothermische Nutzung ausschließen, z.B. aufgrund von fundierten nicht tragbaren wasserrechtlichen Risiken.